



Resolution

Der Gemeinderat der Ortsgemeinde Gollenberg hat in seiner Sitzung am 12. Dezember 2011 die nachfolgende Resolution gegen die geplante Nord-Ost-Umgehung verabschiedet:

Die 2. Änderung des Flächennutzungsplanes 2012 der Verbandsgemeinde Birkenfeld sieht unter lfd.-Nr. 68 eine geplante Verbindung von B269 zur B41 vor. Einer Übernahme des Trassenvorschlages des Landesbetriebs Mobilität (LBM) zur sog. „Nord-Ost Umgehung Birkenfeld“ in den Flächennutzungsplan stimmen wir nicht zu.

Der Gemeinderat hat in seiner Sitzung vom 19.03.2010 den bereits in den 1990er Jahren gefassten Beschluss gegen diese ca. 4 km lange Nordumgehung bekräftigt.

Durch die geplante Erweiterung des Steinbruchs Ellenberg auf Gollenberger Gemarkung werden die Bürger von Gollenberg erheblichen Belastungen wie Lärm, Staub und Sprengschäden ausgesetzt sein. Diese Situation wird sich nochmals verschärfen, wenn die Abbaugrenze bis auf 250m zur Ortsrandbebauung vorrückt. Zudem existiert ein O2-Funkmast der erst kürzlich eine Aufstockung durch den Digitalen Polizeifunk erfahren hat.

Den Bürgern von Gollenberg ist eine weitere Belastung nicht zuzumuten.

Zudem bangen wir um unseren Lebensraum. Gollenberg wird mit der Steinbrucherweiterung auf einen Schlag ein Gebiet von ca. 40 ha Lebens- und Erholungsraum verlieren. Dies entspricht einer Größe von 53 Sportplätzen!

Im Ort selbst gibt es jedoch noch eine ganze Reihe von Haupt- und Nebenerwerbslandwirten, Pferdegestüte ein Ponyhof sowie zwei Hundezuchten. Diese Einrichtungen benötigen Land um existieren zu können. Wir sind nicht bereit noch weiteren Lebensraum für eine Umgehungsstraße zu opfern. Gollenberg will und kann auf diesen Lebensraum nicht verzichten.

Die geplante Trasse stellt unseres Erachtens keine Entlastung dar. Allenfalls liegt eine Entlastung für Teile der Ortsgemeinde Ellenberg vor. In der Dorfstraße in Ellenberg könnten einige Anwohner durch entsprechende Verkehrsregelungen entlastet werden. Gleichzeitig würden jedoch bedeutend mehr Anwohner der Hochwaldstraße in Gollenberg belastet.

Für Birkenfeld bringt eine solche Umgehung keinerlei Entlastung. Hierzu zitieren wir aus der Fortschreibung 2009 der Verkehrsuntersuchung B41 / B 269 des Landesbetriebs Mobilität: „Die Entlastungswirkung durch die Nordumgehung für die Stadt Birkenfeld liegt mit 5 bis 25% unterhalb der Fühlbarkeitsschwelle“.

...

Auch wir wünschen uns eine Verkehrsentslastung für Ellenberg und Teile von Birkenfeld. Diese darf jedoch nicht zu einer weiteren Verkehrszunahme führen und Menschen in anderen Gemeinden zusätzlich belasten.

Eine Nordumgehung besitzt nur eine sehr geringe Verkehrsnachfrage. Eine Verkehrszählung im April/Mai 2009 bestätigt dies. Nachzulesen im o.g. Bericht. Die Nordumgehung lehnen wir vor allen vor dem Hintergrund ab, dass bislang kein ausreichender Bedarfsnachweis erbracht wurde und die Belange der Gemeinde Gollenberg in der Planung keine Berücksichtigung fanden.

Alternative Streckenführungen wären wesentlich effektiver. Eine Westumgehung würde zu deutlich spürbaren Entlastungen in der Innenstadt von Birkenfeld führen und so eine Verbesserung der Verkehrsverhältnisse beitragen. Wir zitieren noch einmal aus dem Bericht des LBM: „Die Westumgehung besitzt gegenüber der Nordumgehung die vorteilhaftere Entlastungswirkung“.

Die Planungen gefährden die städtebauliche Entwicklung der Gemeinde Gollenberg. Bedingt durch den Gemeindewald im Norden, den Steinbruch im Süden sowie stark abschüssiges Gelände in Richtung Oberhambach ist der Bereich der geplanten Umgehung die einzig verbleibende Fläche zur Entfaltung der Gemeinde. Die Planungen für diese Trasse schieben der verfassungsrechtlichen Garantie der kommunalen Selbstverwaltung einen Riegel vor. Unsere kommunale Planungshoheit wird dadurch außer Kraft gesetzt.

Die Trasse ist ökologisch verantwortungslos. Die Zerschneidung und Zerstörung wertvollen Landschaftsraumes durch eine Umgehungsstraße steht in keinem Verhältnis zum Nutzen dieser Trasse zumal es sich bei dem einzigen zusammenhängenden Waldstück um einen besonders schützenswerten Buchenbestand handelt. Die jetzigen Planungen stehen nicht im Einklang mit den Zielen eines nachhaltigen Umwelt- und Naturschutzes. Paradox wird die Sache erst recht, da gleichzeitig Bestrebungen zur Schaffung eines Nationalparks in unmittelbarer Nähe im Gange sind.

Gründe des Gemeinwohls - wie beispielsweise die Anbindung der Heinrich-Herz-Kaserne in einem Konversionsprojekt - die sich für die Nordumgehung ins Feld führen ließen, können die geplanten Zerstörungen natürlicher Lebensräume nicht aufwiegen.

Die geplante Umgehung würde aufgrund der zu fahrenden Umwege jährlich viele Tausende „Mehr-Auto- u. LKW-Kilometer“ verursachen. Die Nordumgehung würde unglaublich kontraproduktive Konsequenzen haben. Sie entspräche nicht den Zielsetzungen von Klimaschutz, Erhaltung der Artenvielfalt und Verkehrsentslastung.

Wir halten es für richtig und nachvollziehbar, sich auf realisierbare Projekte und auf Pflege und Erhalt vorhandener Straßen zu konzentrieren.

Aus den genannten Gründen lehnen wir die geplante Nord-Ost-Umgehung ab und bitten die Entscheidungsträger, diesem Planungswahnsinn ein Ende zu setzen.

Ortsgemeinderat Gollenberg
im Dezember 2011